

Landesparteitag 2010

# Beschlussbuch



Beschlüsse des Landesparteitages der SPD Thüringen  
am 06.03.2010 in Ilmenau

[www.spd-thueringen.de](http://www.spd-thueringen.de)

# Inhaltsverzeichnis

Fortschritt und Gerechtigkeit Perspektiven für Wachstum, Arbeit und Innovationen .....	3
Motor für Thüringen Grundsätze sozialdemokratischen Regierungshandelns .....	14
Masterplan „Regenerative Energiepolitik Thüringen 2020“ .....	15
Bedarfsgerechte Finanzausstattung Thüringer Kommunen / Nachhaltige Haushaltspolitik .....	16
Förderung der Denkmalpflege ausbauen .....	16
Handwerksbetriebe stärken .....	16
Pflegestützpunkte – Sicherung und weiterer Ausbau .....	16
Das Mobilitätsticket - Gesellschaftliche Teilhabe durch bezahlbare Mobilität sichern .....	17
(Thüringer Bauordnung novellieren) .....	17
(Subventionen überprüfen) .....	17
(Verwaltungs- und Gebietsreform auf den Weg bringen) .....	18
Verantwortung der Kommunen für Bildung statt Kommunalisierung von Bildung! .....	18
Für regionale Bildungslandschaften – gegen die Kommunalisierung von Schulen! .....	19
Hilfe für Langzeitarbeitslose aus einer Hand .....	20
Leiharbeit - Prüfen reicht nicht. Handeln ist gefragt! .....	21
Zuschlagserhöhung für bei Hartz IV-Familien aufwachsende Kinder in vollem Umfang gewähren .....	21
Kinderschutz ernst nehmen .....	21
Arbeitsgrundlagen schaffen! .....	25
„Dresdner“ Ideen auch in Thüringen umsetzen .....	25
Mehr Sozialdemokratinnen in Kommunalparlamente .....	25
Unterstützung des SPD-Landesverbands Thüringen zur Erhaltung der Gedenkstätten „Goldener Löwe“ in Eisenach und „Gothaer Tivoli“ in Gotha .....	26
Arbeitsgruppe Satzungsreform einsetzen .....	27
"NICHT IN ERFURT, NIRGENDWO! - NICHT AM 1. MAI, NIEMALS!" .....	28

## A1

# **Fortschritt und Gerechtigkeit**

## **Perspektiven für Wachstum, Arbeit und Innovationen**

### **Aufbruch und Erneuerung für Thüringen**

Die Welt steht vor einer historischen Wende. Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise hat einmal mehr gezeigt, dass Märkte nicht ohne klare Regeln funktionieren. Das Verhältnis zwischen Staat und Markt muss daher neu austariert, die Rolle des Staates als Investor und Impulsgeber und Steuerungsinstanz gestärkt werden. Das marktradikale Zeitalter muss abgelöst werden durch ein Zeitalter der Nachhaltigkeit und solidarischen Globalisierung.

Sozialdemokratische Antworten und sozialdemokratische Verantwortung sind jetzt gefragt. Wir sind aufgefordert, den überfälligen Paradigmenwechsel weg von einem auf kurzfristigen Profit orientierten Finanzmarktkapitalismus hin zu einer neuen nachhaltigen Wirtschaftsordnung konzeptionell zu entwickeln und politisch zum Durchbruch zu verhelfen.

Klar ist dabei: die deutsche und auch die Thüringer Wirtschaft müssen sich weiterhin an internationalen Märkten ausrichten, z. B. um die großen Chancen zu nutzen, die sich im Green-Tech-Bereich bieten. Dafür tragen auch wir als Regierungspartei in Thüringen Verantwortung.

Die einseitige Außenorientierung der letzten Jahre hat sich allerdings als Fehler erwiesen. Deutschland braucht eine neues Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das verstärkt auch auf die Entwicklung der Binnenwirtschaft setzen. Notwendig sind insbesondere Investitionen in Bildung und Zukunftstechnologien, eine an der langfristigen Produktivitätsentwicklung ausgerichtete Lohnpolitik und eine Steuerpolitik, die sich dem Ziel einer gerechteren Einkommensverteilung verpflichtet fühlt. Sowie eine Sozialpolitik, die auch die materiellen Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Es geht darum, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass neues umweltverträgliches Wirtschaftswachstum entstehen kann, attraktive Arbeitsplätze in Thüringen geschaffen und die solidarischen Pfeiler unserer Gesellschaft gestärkt werden.

Die Sozialdemokratie steht für eine neue Zeit des Aufbruchs und der Erneuerung. Diesen neuen Fortschritt zu organisieren ist die Aufgabe einer linken Volkspartei. Die Partei des Fortschritts ist die SPD.

Wir brauchen eine Politik, die Zuversicht vermittelt und einen verlässlichen Anker für die berechtigten Hoffnungen und Wünsche bietet. Wir nehmen diese Herausforderungen als Regierungspartei an.

### **Eine neue Wirtschaftspolitik für Thüringen: Unternehmen und Arbeitsplätze sichern, Impulse für neues Wachstum setzen**

#### **Für ein nationales Antikrisenprogramm**

Die deutsche Wirtschaft hat als Folge der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Winterhalbjahr 2008/2009 den mit Abstand größten Produktionseinbruch der Nachkriegsgeschichte erlebt. Ab den Sommermonaten hat sich die Wirtschaftsentwicklung stabilisiert. Seither belebt sich die Wirtschaft allmählich. Trotz der eingetretenen Erholung ist ein kräftiger Wirtschaftsaufschwung und damit die Überwindung der Krise nicht in Sicht.

Es wäre eine fatale Illusion anzunehmen, dass das wirtschaftliche Deutschland nach der Krise so aussehen könnte wie das vor der Krise. Dies wäre nur das Rezept für die nächste Krise.

Die Politik muss daher in 2010 ein Maßnahmenpaket auf den Weg bringen:

- das private Investitionen fördert;
- Impulse durch öffentliche Investitionen in Zukunftsbereichen wie Bildung und Klimaschutz setzt;
- Zukunftsbranchen und -technologien gezielt unterstützt;
- die Funktionsfähigkeit des Bankensektors durch wirksame Regulierungen wiederherstellt;
- eine Anschlussregelung für die Kurzarbeit schafft;
- das Arbeitszeitverkürzung als zentrales Steuerinstrument einfordert;
- Maßnahmen einleitet, die zu mehr Verteilungsgerechtigkeit führen und die Binnennachfrage stärken, sowie
- notwendige Reformen der Hartz-Gesetze vorsieht;

Die von der neuen Bundesregierung mit dem sog. „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ beschlossenen Steuererleichterungen sind kontraproduktiv und gehen an den bestehenden Handlungsnotwendigkeiten vorbei. Die Entlastungen werden allenfalls geringe Wachstumswirkungen entfalten, aber die zur Stabilisierung der Wirtschaft und für zukünftiges Wachstum eminent wichtige Handlungs- und Investitionsfähigkeit der Haushalte von Ländern und Kommunen wesentlich schwächen.

### **Handlungsfähigkeit durch eine konjunkturorientierte Haushaltspolitik**

Gerade in der Krise brauchen wir eine handlungsfähige Landespolitik und handlungsfähige Kommunen. Voraussetzung dafür ist, dass sowohl Land wie Kommunen im Rahmen einer konjunkturorientierten Haushaltspolitik ihre Möglichkeiten für Investitionen, Bildung und Arbeit ausschöpfen. Öffentliche Haushalte haben eine volkswirtschaftliche Funktion für mehr Wachstum und Beschäftigung. Kommen sie dem nicht nach, gefährden sie die Existenz vieler Haushalte und KMU, verschärfen damit die Krise und tragen dazu bei, dass die Arbeitslosigkeit steigt, die Steuereinnahmen sinken und die Ausgaben der Sozialversicherungen steigen.

Deshalb muss:

- die finanzielle Handlungsfähigkeit von Ländern und Kommunen gesichert bleiben und die Schuldenbremse auf Bundesebene sowie das Schuldenverbot für Länder neu überdacht werden.
- der Landeshaushalt seine investiven Möglichkeiten ausschöpfen und über die Kommunalen Fördermaßnahmen die investiven Möglichkeiten der Kommunen stärken;
- die vorläufige Haushaltsführung sicherstellen, dass Förderprogramme entscheidungsfähig und frühzeitig zu Beginn des Jahres zur Verfügung stehen.

### **Fünf Eckpunkte für eine ökonomische Wende**

Die Wirtschaftskrise zeigt erneut: Deutschland und die EU brauchen handlungsfähige Staaten und Institutionen, die Wachstums-, Investitions-, Innovations- und Beschäftigungsbedingungen verbessern. Dazu ist eine wirtschaftspolitische Perspektive erforderlich, die auch die Nachfrageseite einbezieht. Vor diesem Hintergrund ist ein Policy Mix zu erreichen, der Wachstum und nachhaltigen Strukturwandel vorantreibt. Wir benötigen eine Koordination der europäischen Finanz- und Wirtschaftspolitik für ein nationales Antikrisenprogramm, das sich insbesondere auf fünf Eckpunkte stützt:

#### **1. Koordination der europäischen Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik**

Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist global. Deshalb brauchen wir internationale und vor allem europäische Antworten. Konjunkturprogramme entfalten ihre volle Wirkung nur bei international koordiniertem Vorgehen:

Als ersten Schritt ist eine wirksame Koordination der europäischen Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik erforderlich. Notwendig ist eine konzertierte Aktion in Europa, mit der die EU-Länder gemäß der wirtschaftlichen Stärke Beiträge für mehr Wachstum, Investition und Beschäftigung auf den Weg bringen und ein einheitliches Vorgehen im Bankensektor verabredet wird.

Dieses Aktionsprogramm sollte folgende Punkte umfassen:

- Überarbeitung und Weiterentwicklung der Lissabon-Strategie als Zukunftsinvestitionsprogramm;
- Koordinierte europäische Investitionsprogramme der jeweiligen EU-Länder von ca. 1 Prozent des nationalen Bruttoinlandsproduktes für die Jahre 2011/2012; wobei jene Länder wie vor allem Deutschland, die bisher zu wenig für ihre Binnennachfrage getan haben, entsprechend mehr investieren sollten;
- Bestimmung gemeinsamer europäischer industriepolitischer Projekte auf Zukunftsmärkte;
- Eine GreenTech- und Energieeffizienzoffensive durch FuE-Investitionen, europäische Netzwerke, intelligente Rahmenbedingungen und Zulassungsverfahren.

## **2. Die Banken und das Finanzsystem reformieren**

Ein gut funktionierendes Banken- und Finanzsystem ist unerlässlich für eine stabile und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Es stellt Unternehmen und Institutionen Geldmittel bereit für notwendige und zukunftsorientierte Investitionen, indem es eine Vielzahl von kleinen Einlagen für die Kreditvergabe bündelt. Es trägt dazu bei, dass Risiken besser verteilt werden und ein höherer Innovationsgrad sowie Wachstum und Beschäftigung erzielt werden kann. Im Fokus steht der auf das Gemeinwohl orientierte Zweck des öffentlichen-rechtlichen Bankensektors und der Genossenschaftsbanken.

- Um dies künftig sicherstellen zu können, ist es notwendig, am erfolgreichen Konzept des mehrgliedrigen Bankensystems fest zu halten.
- Durch striktere Eigenkapitalregeln müssen alle Bilanzrisiken abgedeckt werden. Die Finanzmarktregulierung muss strenger sein und antizyklisch ausgerichtet werden. Daher fordern wir, die Umsetzung einer europäischen Finanztransaktionssteuer oder einer nationalen Börsenumsatzsteuer. Zur Stabilisierung der Finanzmärkte müssen Praktiken untersagt werden, die sich als besonders destabilisierend erwiesen und die Finanzmarktkrise mit verursacht haben. Dazu gehören vor allem die mehrfache Verbriefung von Krediten und der Handel mit diesen, das spekulative Short-Selling (Leerverkäufe von Aktien) und der Vertrieb undurchsichtiger, auf Krediten beruhender Produkte und anderer Derivate.
- Wir brauchen eine Zulassungsstelle („TÜV“) für Finanzmarktprodukte jeder Art und ein europäische, staatliche Rating-Agenturen.
- Wir benötigen einen vom Bankensystem finanzierten Bankensicherungsfonds (vgl. Jahresbericht des SVR).

## **3. Innovationen und Investitionen stärken**

Ein Mehr an Wachstum und Beschäftigung erfordert ein hohes Maß an Innovationen. Nur über die Entwicklung neuer Dienstleistungen und Güter, die sich im nationalen und internationalen Märkten behaupten und ökologisch wie sozial nachhaltig sind, werden wir den erreichten gesellschaftlichen Wohlstand erhalten und ausbauen können. Dafür sind Investitionen in traditionellen Märkten wie in Zukunftsmärkten, in Bildung sowie sozialen Dienstleistungen unerlässlich.

- Investitionen in den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft, in Bildung und Ausbildung sind von zentraler Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

- Ohne die Stärkung von Wissenschaft und Forschung, ohne eine steigende Zahl von Fachleuten können die Wachstumspotenziale nicht erschlossen werden.
- Wir brauchen eine gesellschaftliche Verständigung über die Innovationsfelder einer ökologischen Industriepolitik, um Investitionsklima für öffentliche wie private Investitionen zu stärken.
- Eine starke Innovations- und Investitionspolitik setzt voraus, dafür die steuerlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass Investitionen in FuE-Maßnahmen erhöht werden.

#### **4. Eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik auf den Weg bringen, Arbeit und Beschäftigung sichern**

Weiterhin gilt: die Kaufkraft ist in einer entwickelten Volkswirtschaft die zentrale Nachfragequelle. Dies gefährdet gerade auch in der Krise Arbeit und Beschäftigung. Deutschland leidet seit vielen Jahren an einer Nachfrageschwäche, weil die Spreizung in den Einkommen zu Lasten niedriger Einkommensgruppen zugenommen hat. Die Einkommen aus Löhnen und Gehältern stagnieren preisbereinigt seit Mitte der 90er Jahre, die Lohn- und Gehaltsquote am BIP ist rückläufig. In einigen Branchen werden Löhne gezahlt, bei denen Arbeitnehmer nur durch die Aufstockerregelung des SGB II das Existenzminimum erreichen. Insbesondere Frauen arbeiten im Niedriglohnsektor und müssen auch bei gleicher Arbeit Lohndifferenzen bis zu 25 Prozent hinnehmen. Die wachsende Ungleichverteilung der Einkommen ist eine Ursache der binnenwirtschaftlichen Nachfrageschwäche, die sich seit Jahren dämpfend auf das Wirtschaftswachstum in Deutschland auswirkt.

Wir wissen, dass gerade durch eine finanzielle Stärkung von Personen mit geringen Einkommen eine höhere Konsumquote zu erwarten ist. Gleichzeitig gilt: Gute Arbeit setzt guten Lohn voraus. Eine Erhöhung der Lohnquote hat zudem direkte Auswirkungen auf die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme.

- Die Einführung eines einheitlichen und gesetzlichen Mindestlohns, der sich an der Pfändungsfreigrenze bemisst, halten wir für zwingend erforderlich. Dazu gehört auch die Schaffung eines europäischen Mindestlohnes und die Einsetzung einer europäischen Mindestlohnkommission. Ebenso muss eine Mindestausbildungsvergütung entsprechend etabliert werden.
- Wir wollen eine produktivitätsorientierte (am langfristigen Produktivitätstrend orientierte) Lohnpolitik auf den Weg bringen.
- Notwendig ist die Stärkung des Flächentarifvertrags bis hin zur Zwangsmitgliedschaften der Unternehmen in Unternehmerverbänden oder die generelle Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifabschlüssen.
- Bei der Leiharbeit muss der Grundsatz „equal pay und equal treatment“ gelten. Weiterhin ist das Synchronisationsverbot wieder einzuführen und die Dauer des Einsatzes eines Leiharbeiters ist auf drei Monate zu begrenzen. Im Anschluss ist die Übernahme des Beschäftigten durch den Entleiher verpflichtend. Außerdem sind Möglichkeiten des Missbrauchs vorzubeugen. Leiharbeit wird längst nicht mehr nur zum Abfangen kurzfristiger Auftragsspitzen eingesetzt: Stammbeschafteten werden kontinuierlich durch immer größer werdende Randbeschafteten ersetzt. Unternehmen nutzen dabei durchaus kreative Möglichkeiten, um die Anstellung in reguläre Beschäftigung zu umgehen. Der Fall Schlecker hat gezeigt, in welcher Art und Weise die Gründung von Tochterfirmen genutzt wird, um Tarifstandards zu umgehen.
- Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist an die Erfüllung von Mindeststandards bei Löhnen und Arbeitsbedingungen zu knüpfen. Eine Leiharbeitsquote von max. 10 % im Betrieb ist einzuhalten.
- Die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt muss verbessert werden. Wir fordern eine Angleichung der Löhne beider Geschlechter.
- „Um dies zu erreichen halten wir Arbeitszeitverkürzungen für dringend erforderlich, um zu gewährleisten, dass Männer und Frauen sich gleichberechtigt um die Familie kümmern können. Die Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist im Wesentlichen eine Folge von gesellschaftlich

konstruierten Rollenbildern. Ohne den Abbau dieser Rollenbilder kann eine Gleichberechtigung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht gelingen. Dazu bedarf es beispielsweise einer zwingenden Gleichverteilung der Elternzeit auf beide Elternteile, so lange ein Elternteil nicht alleinerziehend ist. Weiterhin müssen verfestigte Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern schnellstmöglich beseitigt werden, um die Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt abzubauen. Die öffentliche Vergabe von Aufträgen muss mittelfristig Betriebe begünstigen, die sich besonders um die Gleichstellung der Geschlechter bemühen. Nicht zuletzt ist auch der Mindestlohn ein Instrument, welches die Gleichstellung der Geschlechter befördert.“

## 5. Die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte erhalten

Ein handlungsfähiger Staat ist nicht denkbar ohne eine solide Einnahmehbasis, die einen dauerhaften Anstieg der Staatsverschuldung verhindert. Denn aus Zeiten der Krise kann sich ein Staat nicht herausparen. Er muss durch die Steuerpolitik, eine ökonomisch vernünftige und faire Einkommensverteilung ermöglichen und er muss Mittel für die Infrastruktur und zukunftsorientierte Investitionen bereitstellen. Eine solide Finanzierung des Staates ist deshalb Voraussetzung für eine antizyklische Stabilisierung der Wirtschaft und zwingend notwendig für die Bereitstellung möglichst guter öffentlicher Dienstleistungen.

- Deshalb brauchen wir die Mitgliedschaft aller Einkommensbezieher in die gesetzliche Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung.
- Wir brauchen eine Einkommens- und Unternehmenssteuerreform, die tatsächlich Arbeit und die Re-Investition von Gewinnen gegenüber den Shareholder-Interessen begünstigt.
- Wir brauchen eine atmende Haushaltspolitik, mit der die öffentliche Hand in die Lage versetzt wird, auch in Krisenzeiten ihren gesellschaftlichen Aufgaben gerecht werden und darüber hinaus auch antizyklisch handeln zu können.
- Auf europäischer Ebene ist die Einführung von Mindeststeuersätzen sowie eines neuen Euro-Stabilitätspaktes zur Korrektur von Leistungsbilanzungleichgewichten erforderlich.

## Wachstum, Arbeit und Innovationen für Thüringen

Auch in Thüringen hat die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise tiefe Spuren hinterlassen. Mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 6,3 Prozent im ersten Halbjahr war der Freistaat im Ländervergleich überdurchschnittlich stark betroffen. Auch der Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war ausgeprägter als in anderen Bundesländern.

Selbst wenn sich, wie derzeit prognostiziert, die verhaltene Erholung der Wirtschaft in 2010 fortsetzen wird, muss mit einem weiteren Verlust von Arbeitsplätzen gerechnet werden, da die Gefahr besteht, dass Unternehmen bei einer fortdauernden Unterauslastung ihrer Kapazitäten mit einer Anpassung ihres Personalbestandes reagieren.

Die wirtschaftlichen Perspektiven für die Jahre 2010 und 2011 sind sehr unsicher. Gleichzeitig steht der Freistaat vor einer Reihe struktureller Herausforderungen. Im statistischen Durchschnitt niedrige Arbeitsproduktivität, hohe Abwanderung, zu geringe Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der Unternehmen, sind nur einige Stichworte.

Kernelemente der neuen Wirtschaftspolitik für Thüringen sind:

- Intelligente Förder- und Rahmenbedingungen für mittelständische Unternehmen durch die Förderung von Investitionen in modernste Anlagen, Unterstützung bei der Umsetzung von FuE-Vorhaben, bedarfsgerechte Finanzierungsangebote und Hilfen bei der Erschließung von Auslandsmärkten,

- attraktive Standort-, Infrastruktur, Investitionsbedingungen und ausreichendes Fachkräftepotenzial für Neuansiedlungen und eine serviceorientierte Verwaltung,
- eine ausgewogene Balance zwischen der gezielten Förderung von Wachstumsbranchen und der Stärkung traditioneller Wirtschaftszweige wie Handwerk und Handel,
- die Profilierung Thüringens als „Grüner Motor Deutschlands“, d. h. als dynamischer Standort für innovative, ressourcenschonende Technologien und erneuerbare Energien,
- die Förderung des Strukturwandels und die Erschließung bisher nicht genutzter Wachstumspotenziale z. B. in der Kultur- und Kreativwirtschaft,
- faire Löhne und Gehälter als wichtiger Standortfaktor, um die Attraktivität Thüringens für Fachkräfte zu steigern und die Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken,
- bessere Durchsetzung innerbetrieblicher Mitbestimmung, um dadurch bessere Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für Beschäftigte zu schaffen.
- höchste Priorität für Bildung, Aus- und Weiterbildung sowie Qualifizierung und damit verbunden verstärkte Anstrengungen in der Arbeitsmarktpolitik, um Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren und Familien zu unterstützen,
- neue Formen der Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen in die Gestaltung der Wirtschafts-, Innovations- und Arbeitsmarktpolitik, wie z. B. im Wirtschafts- und Innovationsrat, der sich am 10. Dezember 2009 konstituiert hat,
- mehr Wettbewerb im Energiebereich durch eine Stärkung der Kommunen als Energieversorger und -erzeuger.

## Wachstumspotenziale erschließen

Thüringen ist Industrieland. Die Industrie ist seit Mitte der 90er Jahre der Wachstumsmotor der Thüringer Wirtschaft. Etwa jeder fünfte Arbeitsplatz in Thüringen ist ein Industriearbeitsplatz. Die Industrie ist darüber hinaus ein wichtiger Impulsgeber für andere Branchen wie das produktionsnahe Dienstleistungsgewerbe.

- Attraktive Gewerbe- und Industrieflächen sind die Voraussetzung für eine erfolgreiche Ansiedlungspolitik.
- Die notwendige Beschleunigung der Entwicklung von Großflächen setzt eine volle Kofinanzierung der vom Bund bereitgestellten Mittel für die GRW und die Aufstockung des Industrietitels voraus.
- Integraler Bestandteil der in Angriff genommenen Großflächeninitiative ist es eine effektive Vermarktung der Flächen durch die Landesentwicklungsgesellschaft.
- Voraussetzung für eine zielgerichtete Förderung ist eine umfassende Potenzialanalyse. In einem „Zukunftsatlas 2020“ sollen daher die Potenziale für Wachstum, Beschäftigung und Innovation in Thüringen erfasst und die wirtschaftlich besonders dynamischen und zukunftssträchtigen Branchen identifiziert werden.

Eine Wachstumsstrategie für Thüringen darf allerdings nicht allein auf die Industrie setzen. Die besondere Betroffenheit Thüringens von der aktuellen Wirtschaftskrise zeigt, dass das Wirtschaftswachstum in Thüringen auf eine breitere Basis gestellt werden muss.

Ein Bereich mit erheblichem Wachstums- und Beschäftigungspotenzial ist die Kultur- und Kreativwirtschaft:

- Ausgangspunkt für eine gezielte Politik zur Stärkung der Thüringer Kreativwirtschaft wird das Projekt einer „Potenzialanalyse Thüringer Kreativwirtschaft“ sein.



## Investitionsförderung auf hohem Niveau fortführen

Investitionen in moderne Anlagen steigern die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, schaffen und sichern Arbeitsplätze. Gerade in der Wirtschaftskrise leistet die Förderung einen wichtigen Beitrag, dass Unternehmen ihre Investitionspläne trotz verschlechterter Liquiditätssituation realisieren können. Die Förderung von Unternehmensinvestitionen aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) wird daher auch in den kommenden Jahren das wichtigste Instrument der regionalen Strukturpolitik bleiben.

Die Mittel für das GRW-Sonderprogramm der Bundesregierung, die zusätzlich bereit gestellt wird, werden wir voll ausschöpfen.

Sämtliche vom Bund zur Verfügung gestellten Fördermittel werden durch den Freistaat ko-finanziert werden.

Die GRW soll auf der Grundlage einer Evaluierung (Auftragsvergabe im zweiten Quartal 2010) noch mehr zu einem Instrument zur Stärkung der technologischen Kompetenz der Unternehmen und zur Förderung des Strukturwandels gemacht werden. Ein wichtiger Aspekt ist in diesem Zusammenhang die Weiterentwicklung des durch das GRW-Sonderprogramm in den Jahren 2009/10 eingeschränkt angewandten Zuschlagssystems z. B. durch die Aufnahme weiterer Kriterien.

Bisher knüpften Zuschläge bei der Förderung z. B. an FuE-Intensität, Exportorientierung, Marktwachstum, zusätzliche Dauerarbeitsplätze und die Einbindung in Cluster/Netzwerke an.

- Ziel einer Weiterentwicklung ist insbesondere eine stärkere Förderung von Umwelttechnologien – beispielsweise soll eine höhere Förderung gewährt werden, wenn durch eine Investition die Energieeffizienz der Betriebsstätte oder des Produktes verbessert wird.
- Auch sollen über die Förderung stärkere Anreize für eine tariforientierte Entlohnung und eine stärkere Tarifbindung gesetzt werden.

## Existenzgründungen und Technologieförderung wirksam unterstützen

Unternehmerische Initiative und kreative Ideen für Unternehmensgründungen müssen besser unterstützt werden. Erreicht werden soll eine bessere Koordinierung der Akteure und Angebote der Existenzgründungsförderung, ein Ausbau der Gründungswettbewerbe, die Einrichtung eines Gründermonitorings zur Abbildung des Gründungsgeschehens in Thüringen und eine spezielle Förderung innovativer Gründungsvorhaben.

- 2010 soll das eingerichtete Beratungsnetzwerk zum „Beratungsnetzwerk Gründen und Wachsen“ weiterentwickelt und eine bessere Beratung innovativer und technologieorientierter Gründungsvorhaben erreicht werden.
- Zu Beratungsleistungen der Hochschulen und Kammern soll eine Begleitung der Existenzgründer durch ein aufzubauendes Business-Angel-Netzwerk Thüringen hinzutreten.
- Vorgesehen ist die Anhebung der Förderquote bei den Existenzgründerpässen durch das Land und den Europäischen Sozialfonds von 75 auf 100 Prozent.
- Darüber hinaus soll Existenzgründern und Kleinunternehmen der Zugang zu Krediten durch ein Kleinkreditprogramm erleichtert werden.
- Die FuE-Förderung muss diesen Vorgaben durch eine entsprechende Schwerpunktsetzung Rechnung tragen, ohne dabei andere Technologiefelder, die für die wirtschaftliche Entwicklung Thüringens ebenfalls von Bedeutung sind, aus der Förderung auszuschließen.

- Die Thüringer Forschungs- und Technologieförderung wird weiterhin aus den Bestandteilen einzelbetriebliche Förderung, Förderung von FuE-Personal und Verbundförderung bestehen.
- Aufgestockt werden die Mittel insbesondere für die Unterstützung industrieinduzierter Kooperationen, weil mit ihrer Hilfe Betriebsgrößennachteile der Unternehmen kompensiert werden können.
- Im Rahmen der Verbundförderung werden neben den FuE-Verbundprojekten Koordinierungsstellen industriegetriebener Netzwerke und Cluster gefördert. Die Koordinierungsstellen nehmen eine wichtige Funktion im Technologietransfer wahr, weil sie gerade kleinen und mittleren Unternehmen den Weg zu Kooperationen insbesondere auch mit Forschungseinrichtungen ebnen.
- Wachsende Bedeutung kommt mit Blick auf die Gewinnung hochqualifizierter Fachkräfte auch der Förderung von FuE-Personal zu. Die Förderung soll insbesondere KMU in die Lage versetzen, benötigte Spitzenkräfte durch marktgerechte Angebote an sich zu binden.

## Thüringen als „Grünen Motor Deutschlands“ profilieren

Zu den wichtigsten Leitmärkten der Zukunft gehören u. a. eine umweltfreundliche Energieerzeugung, Energieeffizienz sowie Rohstoff- und Materialeffizienz. Das Programm „Thüringen-Technologie“ bietet die Möglichkeit, Projekte Thüringer Unternehmen im Bereich der Umwelt- und Energietechnologien wirkungsvoll zu fördern.

Thüringen will sich nicht nur zu einem führenden Produktionsstandort für innovative grüne Produkte entwickeln, sondern fortschrittliche Umwelt- und Erneuerbare-Energie-Technologien für die Energieversorgung und Ressourcenschonung im Lande auch einsetzen. Eine den Klimaschutz und die Verknappung und Verteuerung fossiler Energieträger berücksichtigende nachhaltige und sichere Energieversorgung erfordert einen deutlichen Wandel.

- Der Energiebedarf des Landes muss zunehmend mit erneuerbaren Energien gedeckt werden. Daher soll ein Leitbild „Energieland Thüringen/Grüner Motor Deutschlands 2020“ formuliert und daraus abgeleitet ein Energiekonzept für Thüringen erstellt werden, das den verstärkten Einsatz von Solarenergie, Biomasse, Windkraft, Wasserkraft und Erdwärme an der Deckung des Energiebedarfs vorsieht.
- Ein zentrales Projekt ist in diesem Zusammenhang die Einrichtung einer Energie-, Klima- und Green-Tech-Agentur, die als zentrales Kompetenz-, Beratungs- und Informationszentrum Unternehmen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen, Kommunen und Verwaltungen sowie private Verbraucher in Fragen rund um die Themen Energie, Klima und Green-Tech beraten soll. Die Agentur, in die die Bioenergieberatung Thüringen (BIOBETH) integriert wird und die in der Startphase bei der LEG Thüringen angesiedelt sein wird, soll z. B. den Einsatz grüner Technologien in Thüringen vorantreiben, FuE-Projekte unterstützen, die Weiterentwicklung der Thüringer Green-Tech-Branchen begleiten und die Entwicklung von Klimaanpassungsstrategien fördern.
- Um die wirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten der Erneuerbaren Energien transparent zu machen, soll ein Potential-Kataster für Erneuerbare Technologien in Thüringen erstellt werden, das im zweiten Halbjahr 2010 vorliegen soll.
- Ferner wird ein Energieeffizienzprogramm aufgelegt, um die Effizienzpotenziale bei Gebäuden, in der Industrie und in anderen Bereichen identifizieren und durch geeignete Maßnahmen ausschöpfen zu können und 2,0 Mio. € für das Investitionsprogramm „Energieeffizienz für KMU“ (Kofinanzierung durch EFRE). Das Programm wird das Angebot der KfW ergänzen und eng mit den Regionalpartnern der KfW abgestimmt.

- Schließlich soll die Initiative „1000-Dächer-Programm Photovoltaik“ dazu beitragen, dass von der Thüringer Solarindustrie anspruchsvolle Photovoltaikprojekte umgesetzt werden können. Wir werden die Kommunen bei der Umsetzung unterstützen und entsprechende finanzielle Anreize schaffen.
- Um den Wettbewerb auf dem Energiemarkt zu erhöhen muss die örtliche Energieerzeugung und -versorgung gestärkt werden. Die für eine stärkere Kommunalisierung der Energieversorgung und die Schaffung leistungsstarker Stadtwerke notwendigen Vorarbeiten werden zügig in Angriff genommen.

## **Investoren intensiv betreuen, Servicegedanken in der Verwaltung ausbauen**

Die Verwaltung soll Bürger und Unternehmen im Alltag unterstützen und ihnen keine unnötigen Hindernisse in den Weg legen. Wirtschafts- und Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung sind ein dauerhafter Handlungsauftrag. Dazu gehört die Entlastung von überflüssigen Vorschriften ebenso wie die effektive Betreuung der Unternehmen durch Behörden und Landesgesellschaften.

Bürokratieabbau ist mühsam. Deshalb sind auch kleine Erleichterungen wichtig. Der Bürokratieabbau wird eines der zentralen Themen des Mittelstandsförderprogramms sein, das im ersten Halbjahr 2010 auf den Weg gebracht werden soll.

Eine erfolgreiche Ansiedlungspolitik muss auf Langfristigkeit, Kontinuität und Schwerpunktsetzungen in der Branchen- und Technologieauswahl setzen. Besondere Beachtung sollte auch dem Ziel einer Etablierung und Stärkung von Wertschöpfungsketten zukommen.

- Notwendig sind daher eine intensive und systematische Beobachtung von Wachstums- und Technologiesektoren in ausgewählten Märkten, die Identifikation von Unternehmen mit Investitions-, Erweiterungs- und Verlagerungsabsichten, eine gezielte Einzelansprache potenzieller Investoren im In- und Ausland einschließlich einer professionellen Beratung und Betreuung im Ansiedlungsprozess. Auch müssen bereits angesiedelte Unternehmen weiter betreut werden.
- Ziel ist es, bei Ansiedlungen den Anteil der Unternehmen zu erhöhen, die neben der Produktion auch Leitungs- und Managementfunktionen in Thüringen ausüben und Forschung und Entwicklung betreiben.

## **Arbeit sichern**

2010 und die Folgejahre werden uns vor die Herausforderung stellen, angesichts einer nur langsam sich stabilisierenden konjunkturellen Entwicklung Beschäftigung zu sichern, die berufliche Qualifizierung zu erhöhen und zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, um auch solchen Personen, die sich derzeit auf dem Arbeitsmarkt gravierenden Nachteilen gegenüber sehen, Beschäftigungsperspektiven zu eröffnen.

## **Den ersten Arbeitsmarkt in den Mittelpunkt der Arbeitsmarktpolitik stellen**

Eine breite, qualitativ hochwertige Schulbildung, eine fundierte Berufsausbildung, bedarfsgerechte Weiterbildungsangebote und die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen sind Voraussetzungen für den Erfolg im Berufsleben. Aus- und Weiterbildungs- sowie Qualifizierungsangebote bleiben daher der wichtigste Schwerpunkt der Thüringer Arbeitsmarktpolitik. Die Weiterbildungs- und Qualifizierungsförderung aus dem ESF wird zur qualitativen Verbesserung des Fachkräfteangebots weiter gestärkt.

## **Tarifbindung und faire Löhne und Gehälter sichern**

Eine faire Entlohnung der Beschäftigten gehört zu den zentralen Zielen der neuen Thüringer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Faire Löhne und Gehälter sind ein wichtiger Standortvorteil. Sie begrenzen die

Abwanderung, stärken die Kaufkraft, sorgen für einen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragenen Wettbewerb und machen den Standort Thüringen auch für Fachkräfte aus anderen Bundesländern attraktiver.

Notwendig ist ein Beschäftigungs- und Qualifizierungsbündnis für Thüringen, das auch die Themen „Ausbildung“ und „Qualifizierung und Übernahme nach der Berufsausbildung“ aufgreift.

Wir benötigen eine angemessene Praktikumsvergütung für HochschulabsolventInnen. Unser gut qualifiziertes Personal darf nicht durch prekäre Arbeitsverhältnisse abgehängt werden. Leistung muss vergütet werden.

Wichtige Maßnahmen zur Erhöhung der Tarifbindung sind die Erarbeitung eines Vergabegesetzes für die öffentliche Auftragsvergabe, das sowohl soziale und ökologische Belange als auch die Interessen der Wirtschaft und hier insbesondere des Mittelstandes berücksichtigt.

### **Neue Akzente in der Arbeitsförderung durch ein Landesarbeitsmarktprogramm setzen – Gute Arbeit für Thüringen**

Arbeitslosigkeit kann nur durch eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik bekämpft werden, die zur Schaffung attraktiver Arbeitsplätze beiträgt. Die Arbeitsförderung muss Hilfen bieten, Arbeitslose wieder an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen bzw. durch Qualifizierungsmaßnahmen die Voraussetzungen für die Übernahme einer neuen Beschäftigung schaffen. Insbesondere Langzeitarbeitslose müssen stärker gefördert werden, damit sie wieder eine Chance am Arbeitsmarkt bekommen.

Ein neues Landesarbeitsmarktprogramm „Arbeit für Thüringen“ wird 2010 auf den Weg gebracht. Sinnvoll sind zwei Programmteile für unterschiedliche Zielgruppen:

- Teil A „Arbeit für Thüringen“ für Langzeitarbeitslose, von Langzeitarbeitslosigkeit Bedrohte, Jugendliche und junge Erwachsene ohne Berufsabschluss, Personen mit multiplen Vermittlungshemmnissen, Ältere ab 50 Jahren mit Qualifizierungsdefiziten, Menschen mit Behinderungen, Arbeitslose mit Migrationshintergrund. Ziel: Integration von jährlich 2.000 Menschen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung oder arbeitsmarktpolitische Maßnahmen.
- Teil B „Zukunft Familie“ Integration von mindestens einem Elternteil in den Arbeitsmarkt (Familien mit Kindern, in denen beide Elternteile arbeitslos sind sowie arbeitslose Alleinerziehende) durch eine Bezuschussung von jährlich 1.500 Arbeitsplätzen durch das Land und die Arbeitsverwaltung. Die Förderdauer soll bis zu 24 Monate betragen.

### **Fachkräftebedarf der Wirtschaft sichern**

Fehlende Fachkräfte dürfen nicht zum Wachstumshemmnis werden. Die Sicherung des Fachkräftebedarfs gehört daher zu den wichtigsten Herausforderungen für die Thüringer Wirtschaftspolitik. Aufgrund der Vielschichtigkeit des Themas – Handlungsfelder sind Allgemeinbildung, Berufs- und Studienwahlvorbereitung, Berufsbildung und Studium, Weiterbildung und Qualifizierung, Abwanderung, Migration und Arbeitnehmerfreizügigkeit sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – ist ein breiter Dialog aller betroffenen gesellschaftlichen Akteure notwendig.

Folgende Maßnahmen sind erforderlich:

- Aufbau eines landesweiten Fachkräftemonitorings, des QualiService Thüringen, der zukünftig auch ein Bildungsmonitoring enthalten soll;
- Zusammenführung von Fachkräfteangebot und -nachfrage: Beide vorhandenen Systeme (Unternehmer- und Fachkräfteservice (UFaS) und Qualifizierungsberater) werden stärker verzahnt. Der UFaS wird evaluiert und ggf. weiterentwickelt.

## **Fortschritt und Gerechtigkeit**

Wir gestalten den gesellschaftlichen, ökologischen und ökonomischen Wandel in Thüringen. Wir wollen dabei ein neues Verständnis dafür entwickeln, wie sich ökonomische, ökologische und soziale Herausforderungen miteinander verbinden lassen. Diese Leitgedanken zur Gestaltung der Thüringer Wirtschaftspolitik leisten hierzu einen Beitrag. Sie sind von der Überzeugung getragen, dass Fortschritt und Gerechtigkeit zeitgemäß nur durch ein Mehr an Wachstum und Innovation erreicht werden können.

Um unsere Gesellschaft in das nächste Jahrzehnt zu führen setzen wir auf die Fortschrittskräfte in unserem Land, auf die Leistungsbereitschaft seiner Menschen und den Willen zu gegenseitiger Solidarität, die unsere Gesellschaft immer ausgezeichnet und stark gemacht hat.

Mit der Politik des neuen Fortschritts bauen wir die Gesellschaft von morgen. Wir wollen Arbeit und Umwelt verbinden. Gute Arbeit und hohe Lebensqualität in einer intakten Umwelt gehören untrennbar zusammen. Die fortschrittliche Gesellschaft ist eine Gesellschaft des langen Lebens und langen Lernens. Sie ist eine Gesellschaft des gleichberechtigten Miteinanders von Alt und Jung, von Männern und Frauen. Sie eröffnet mehr individuelle Entfaltungs- und Zukunftschancen und sichert diese solidarisch ab.

Bei der Bewältigung unserer Zukunftsaufgaben setzen wir auf diejenigen, die jeden Tag hart arbeiten, die sich immer wieder um Zukunftschancen bemühen, die sich um ihre Familien kümmern und sich für unsere Gesellschaft engagieren. Ihre Leistungen wollen wir honorieren.

Der Wille, sich in unsere Gesellschaft mit der eigenen Schaffenskraft und den eigenen Talenten einzubringen, ist unser Maßstab. Wer dabei Unterstützung braucht, muss sie erhalten. Wer zur Solidarität fähig ist, muss sie gewähren. Privilegien lehnen wir ab und bekämpfen wir.

Gerechtigkeit ist eine notwendige Bedingung für Leistungsfähigkeit und Fortschritt. Dies ist die Politik einer modernen linken Volkspartei. Dies ist die Politik für die solidarische Mehrheit der Menschen in unserem Land. Dafür steht die Regierungspartei SPD in Thüringen.

## A 2

# Motor für Thüringen

## Grundsätze sozialdemokratischen Regierungshandelns

Im Herbst 2009 übernahm die SPD Verantwortung in der Thüringer Landesregierung. Die 10jährige Alleinregierung der CDU war gebrochen.

Im vereinbarten Koalitionsvertrag konnte die SPD wichtige Akzente für die Zukunft des Freistaates setzen und der Arbeit der Landesregierung ein klares sozialdemokratisches Profil geben. In Zeiten schwerer Nachwirkungen der globalen Finanzkrise und einer unverantwortlichen Klientelpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung haben wir einen Zukunftsentwurf für Thüringen erarbeitet, der die soziale, ökonomische, kulturelle und ökologische Modernisierung unserer Heimat in den Mittelpunkt stellt. Unverwechselbare sozialdemokratische Politik wird in praktisches Regierungshandeln umgesetzt.

Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass es zur Erreichung unserer Ziele des vollen Einsatzes bedarf. Mit Kompetenz und Engagement ist es uns in harten Verhandlungen ein guter Start in die Legislaturperiode gelungen. An der Realisierung der vereinbarten Inhalte des Koalitionsvertrages werden wir uns auch künftig messen lassen.

### Erfolgreicher Start

Bereits diesen ersten Wochen unserer Regierungsverantwortung haben bewiesen, dass sich die Thüringerinnen und Thüringer auf die Sozialdemokratie verlassen können. Mit der Einbringung des neuen Gesetzes für die Kindertageseinrichtungen, der Abschaffung Verwaltungskostenbeitrages an den Thüringer Hochschulen und der Wiedereinführung der Stichwahlen in den Kommunen haben wir bereits in den ersten Wochen unserer Regierungszeit zentrale Wahlversprechen unseres Regierungsprogramms angepackt.

Auf dem Weg sind weitere wichtige Projekte der SPD, wie die „Thüringer Gemeinschaftsschule“, das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, ein Landesarbeitsmarktprogramm und die Verbesserung der Situation an den Thüringer Sozialgerichten.

### Verantwortungsvolle Politik

Im Umfeld schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen haben wir unsere Ziele fest im Blick. Doch bereits die ersten Maßnahmen der schwarz-gelben Bundesregierung haben die existenziellen finanziellen Schwierigkeiten von Ländern und Kommunen verschärft. Statt auf das Gemeinwohl zu achten, traten Steuergeschenke und Klientelpolitik an die Stelle solider Haushaltspolitik. Das kompliziert die Probleme weiter, ohne entscheidende Anreize für eine starke Binnennachfrage und eine Fortentwicklung unseres Landes zu setzen.

Dies verschärft die Herausforderungen, denen sich Thüringen, durch die sinkenden Einnahmen aus dem Solidarpakt II und dem Länderfinanzausgleich sowie drohenden Einschnitten bei den Strukturhilfen der EU ab 2013 ausgesetzt sieht. Wir Sozialdemokraten verstehen im Angesicht dieser Situation eine generationengerechte Haushaltspolitik als Grundpfeiler unseres Handelns. Dies bedeutet auch in Zeiten der Krise unverzichtbare Investitionsfelder zu definieren und notwendige finanzielle Spielräume zu schaffen. Unsere heutigen Projekte in den Bereichen Bildung, Innovation und Umwelt sichern Arbeit und Einkommen von morgen.

So setzen wir wichtige Impulse für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft und schaffen Möglichkeiten Thüringen sozialer, gerechter, ökologischer und weltoffener zu gestalten.

### Gemeinsam Handeln

Mit unserer Regierungsbeteiligung in Thüringen setzen wir unsere programmatischen Inhalte in verantwortungsvolles Regierungshandeln um. Offenheit, Transparenz und aktive Einbeziehung aller Akteure im

Vorfeld wichtiger Entscheidungen sowie Orientierung an den Bedürfnissen der Menschen – sind die Grundsätze unserer Politik. Dabei mitzuhelfen, ist die Herausforderung für alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. So werden wir unseren sozialdemokratischen Werten gerecht.

Zupacken und Mitreden sind gefragt. Jede Genossin und jeder Genosse, Ortsvereine und Kreisverbände, Arbeitsgemeinschaften und Foren sollen sich einbringen können, um unsere Projekte in der Landesregierung kritisch und konstruktiv zu begleiten und zugleich die Debatten in den Zukunftswerkstätten der Bundespartei voranzutreiben.

Vielfältige Möglichkeiten eröffnen sich zum Beispiel beim Thema „Thüringer Gemeinschaftsschule“. Hierzu werden wir ein Leitprojekt zum Thema „Thüringer Gemeinschaftsschule“ entwickeln. Landesvorstand und Arbeitsgemeinschaften, Kreisverbände und Ortsvereine können bei diesem zentralen sozialdemokratischen Projekt in einen intensiven Dialog mit den Menschen vor Ort treten. Gemeinsam mit Lehrern, Eltern und Kommunalpolitikern werden wir die Umsetzung dieses Zukunftsmodells beraten und vorantreiben.

Weil Dialog nicht Mittel, sondern zentraler Bestandteil unseres Politikansatzes ist, werden unsere Regierungsmitglieder regelmäßig in den Regionen für Debatten zur Verfügung stehen. Diese Veranstaltungen dienen dabei sowohl der innerparteilichen Diskussion, als auch dem Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort.

## **Unser Land in guter Hand**

Die SPD in Thüringen stellt sich der Aufgabe auch in schwieriger Zeit Politik zu gestalten. Wir sehen dies als große Chance den Freistaat auf einen neuen Weg zu bringen. Regieren bedeutet für uns gestalten nicht verwalten. Wir wollen unserem Land Zukunftsräume öffnen. Kreativität und Innovation, Nachhaltigkeit und Verantwortungsbewusstsein werden die Kennzeichen unserer Arbeit sein, Gerechtigkeit, Bürgerwille und Bürgerwohl unsere Wegmarken.

Mit dem Koalitionsvertrag haben wir eine gute Voraussetzung für diese Politik geschaffen. Unser Land ist bei uns in guter Hand.

## **A 4**

### **Masterplan „Regenerative Energiepolitik Thüringen 2020“**

Thüringen soll sich bis 2020 zum Spitzenreiter in Deutschland bei der Erzeugung von regenerativen Energien entwickeln, so dass etwa 60 Prozent des erzeugten Stroms aus erneuerbaren Energien stammen (Biomasse, Solaranlagen, Erdwärme, Blockheizkraftwerke, Windkraft). Bisher kann Thüringen im Bundesdurchschnitt lediglich einen eher bescheidenen hinteren Platz vorweisen.

Wir fordern deshalb von der Landespolitik im Rahmen eine zukunftssichere, nachhaltige Energiestrategie.

Der SPD Thüringen tritt ein für

- die Entwicklung eines Masterplans „Regenerative Energiepolitik 2020“ für Biomasse, Windkraft, Blockheizkraftwerke, Solaranlagen und Erdwärme mit begleitenden Unterstützungsmaßnahmen für das mittelständische Gewerbe, für Kommunen und private Haushalte, der aus neuen Fördertöpfen des Landes wirksam unterstützt wird. Der erwartete Innovationsschub wird sich positiv auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Sektor der regenerativen Energien auswirken.
- die Massive Förderung von weitergehenden schärferen Energieeffizienzmaßnahmen im Altbaubestand durch Landeszuschüsse und zinsgünstige Darlehen sowie eine Erhöhung der Energieeffizienz im Neubaubestand. Diese Maßnahmen sind verpflichtend in die Thüringer Baugenehmigung aufzunehmen.

## A 5

### **Bedarfsgerechte Finanzausstattung Thüringer Kommunen / Nachhaltige Haushaltspolitik**

Um die langfristige finanzielle Leistungsfähigkeit Thüringens aufrecht zu erhalten, ist eine strukturelle Neugestaltung der Schlüsselzuweisungen an die Thüringer Kommunen nötig. Diese muss sowohl die finanziellen Auswirkungen einer Gemeindegebietsreform wie auch die Wiedereinführung der Vorweg-Schlüsselzuweisungen berücksichtigen.

Der Landesvorstand, die Mitglieder der Thüringer Landesregierung sowie die Landtagsfraktion werden aufgefordert sich dieser nachhaltigen Haushaltspolitik zu verpflichten.

## A 6

### **Förderung der Denkmalpflege ausbauen**

Denkmalpflege-Fördermittel sind vor allem für den Erhalt von Baudenkmalen unabdingbar. Sie sollen deutlich erhöht werden, denn hiermit entstehen neue Aufträge für Thüringer Handwerker.

Der Landesparteitag der SPD Thüringen beauftragt die SPD-Landtagsfraktion, sich in den Beratungen für das Haushaltsjahr 2011 für eine Erhöhung der Denkmalpflege-Fördermittel einzusetzen.

## A 7

### **Handwerksbetriebe stärken**

Die prekäre Situation bezüglich Aufträgen, öffentlicher Vergabepaxis und Zahlungsmoral für Handwerksbetriebe im Bau- und Baunebengewerbe mit bis zu 20 Mitarbeitern ist besorgniserregend. Es ist eine Analyse der Zahlungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Auskömmlichkeit der Erlöse kritisch vorzunehmen, da häufig die notwendigen Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen und eine kontinuierliche Bezahlung der Mitarbeiter nicht mehr gegeben sind. Verbesserungen im Vergaberecht durch Kontrolle von Mindestlöhnen, Beseitigung unzulänglicher Rechtssicherheit bei Streitfällen der Leistungserfüllung sind notwendig.

Der Landesparteitag der SPD Thüringen beauftragt die SPD-Landtagsfraktion, die Einführung eines Rechtsanspruches auf Vorauszahlungen/Abschlagszahlungen zu prüfen. Die Bevorzugung lokaler Handwerksbetriebe im Bereich von öffentlichen Aufträgen unter 50 000 € ist zu fördern.

## A 8

### **Pflegestützpunkte – Sicherung und weiterer Ausbau**

Thüringen hat sich grundsätzlich für die Errichtung von Pflegestützpunkten entschieden. Das Pilotprojekt in Jena, das mit Zuwendungsbescheid vom Bundesministerium für Gesundheit anerkannt wurde, hat seinen Betrieb im Juni 2008 offiziell aufgenommen. Die Finanzierung ist bisher allerdings nur bis Juni 2010 abgesichert. Hier liegt ein sofortiger Handlungsbedarf vor.

Wir erwarten außerdem, dass die bisher vorgesehene Einrichtung von Pflegestützpunkten in ganz Thüringen noch in dieser Legislaturperiode sukzessive umgesetzt wird. Außerdem ist die gesetzlich vorgeschriebene Dritzelfinanzierung (SGB XI § 92 c) jetzt auch in Thüringen durchsetzen.



## A 11

### **Das Mobilitätsticket - Gesellschaftliche Teilhabe durch bezahlbare Mobilität sichern**

Das Ziel unserer Politik ist ein attraktiver ÖPNV zu erschwinglichen Preisen, gerade auch im ländlichen Raum. Wer an der Gesellschaft teilhaben will, muss zu den Orten des Geschehens auch hinkommen können. Deshalb setzen wir uns für die Einführung eines Mobilitätstickets für Menschen mit geringem Einkommen ein.

Nicht zuletzt wird über ein solches attraktives Angebot die Auslastung bestehender Bus- und Bahnlinien - vor allem auch im ländlichen Raum - verbessert und langfristig erhalten.

Die Beispiele der erfolgreichen Einführung von kommunalen Sozialtickets bzw. die geplante Einführung eines solchen Tickets im Verkehrsverbund Mittelthüringen zum 01.01.2011 sollten auf den gesamten Freistaat Thüringen ausgeweitet werden.

Wir Thüringer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten streben die Einführung eines Thüringer Mobilitätstickets an. Die SPD-Landtagsfraktion und die zuständigen Ministerien fordern wir auf, konkrete Vorschläge zur Einführung eines solchen thüringenweiten Mobilitätstickets zu prüfen.

Das von uns geforderte Thüringer Mobilitätsticket soll sich an dem Brandenburger Modell orientieren. Der Preis beträgt grundsätzlich 50 Prozent des regulären Monatskartenpreises. Wie beim zum 01.09.2008 eingeführten Mobilitätsticket Brandenburg soll das Thüringer Mobilitätsticket an den nachstehend genannten Berechtigtenkreis ausgegeben werden:

- Empfänger von Leistungen nach dem SGB II einschließlich Sozialgeld
- Empfänger von laufenden Leistungen der Sozialhilfe (SGB XII einschließlich
- Empfänger der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung)
- Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
- Mitglieder der jeweiligen Bedarfsgemeinschaften
- Der Ausgleich soll vom Freistaat Thüringen bestritten werden. Für das Land Brandenburg wurden dazu beispielsweise jährlich ca. 2 Millionen Euro veranschlagt.

## A 12

### **(Thüringer Bauordnung novellieren)**

Die SPD Landtagsfraktion und die SPD-Minister werden aufgefordert, sich für eine Novellierung der Thüringer Bauordnung einzusetzen.

## A 13

### **(Subventionen überprüfen)**

Die SPD Landtagsfraktion und die SPD Minister werden aufgefordert, sich für eine Überprüfung der im Freistaat gewährten Subventionen und der Praxis der Subventionsverwaltung einzusetzen.

## A 14

### **(Verwaltungs- und Gebietsreform auf den Weg bringen)**

Die Kommunen in Thüringen sind die Basis eines funktionierenden Gemeinwesens. Die kommunale Selbstverwaltung darf deshalb nicht darauf reduziert werden, Pflichtaufgaben für das Land zu erledigen. Die SPD Thüringen wird sich auch in der Regierungsverantwortung dafür stark machen, damit den Kommunen ausreichend Mittel zur Wahrnehmung einer umfassenden Daseinsvorsorge auch im Sozial-, Kultur- und Sportbereich zur Verfügung stehen. Die Zukunftsfähigkeit der Kommunen hängt auch von modernen, den künftigen Gegebenheiten angepassten Strukturen ab. Es ist für die SPD Thüringen darum ein Ziel, noch in dieser Legislatur eine kluge Verwaltungs- und Gebietsreform auf den Weg zu bringen.

## A 15

### **Verantwortung der Kommunen für Bildung statt Kommunalisierung von Bildung!**

*"Pädagogische Vorteile zum Wohle des Kindes stehen im Vordergrund, strukturelle Grundsatzveränderungen sind nachrangig." (Wolfgang Weiß, Professor am Arbeitsbereich Historisch-systematische und vergleichende Bildungsforschung der Universität Bremen auf einer Podiumsdiskussion am 04.11.2009 in Jena)*

Diese Resolution soll zeigen, dass die SPD in Thüringen längst in die Debatte um die Verantwortung der Kommunen für Bildung eingestiegen ist. Ortsvereine, Kreisvorstände und Arbeitsgemeinschaften befassen sich inhaltlich mit dem Thema und schwanken zwischen Ohnmacht, weil einzelne SPD Lokalpolitiker Tatsachen ohne Beschlusslage der SPD schaffen, und einem fest verinnerlichten Wertekanon, in dem Bildungsgerechtigkeit nicht nur für eine Kommune, sondern selbstverständlich für den gesamten Freistaat Thüringen als Wert gilt. Aus dieser Überzeugung heraus, lehnen wir die Kommunalisierung der Schulbildung ab. Das Land muss im Schulbereich weiterhin für inhaltliche Vorgaben und Aufsicht zuständig bleiben, es muss bei Lehrern und Erziehern die Personalhoheit behalten, wenn wir wollen, dass nicht die Kassenlage der Kommune über das Bildungsangebot entscheidet und nicht die Bildungskleinstateerei früherer Jahrhunderte zurückkehrt.

Wir stellen uns aber auch der Debatte um die Verantwortung der Kommunen für Bildung, wenn dies zum Ziel führt, dass die Lernbedingungen für Schülerinnen und Schüler tatsächlich verbessert werden. In allen Bundesländern (z. T. in Bayern, z. T. in Nordrhein- Westfalen, Bremen, Niedersachsen) in denen eine weiter reichende Verantwortung der Kommunen für Bildung organisiert wurde, als wir sie wollen, fehlen laut Prof. Dr. Fauser (Inhaber des Lehrstuhls für Schulpädagogik und Schulentwicklung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena) Evaluationen darüber, ob und ggf. was sich für die am Bildungsprozess Beteiligten überhaupt positiv geändert hat.

Unsere Idee der Gemeinschaftsschule muss behutsam vor Ort umgesetzt werden. Hierbei sollte auf die Erfahrungen der Thüringer Gesamtschulen zurückgegriffen werden. Genau wie diese ist die Gemeinschaftsschule eine Ganztagschule, verbunden mit größtmöglicher schulischer Eigenverantwortung und dem Primat individueller Förderung. Dies erfordert, dass Bildung auf kommunaler Ebene zur Querschnittsaufgabe mehrerer Ressorts wird. Es bedarf darüber hinaus der Abstimmung mit freien Trägern, Interessenverbänden und dem Land. Staatliche und kommunale Leistungen sollen koordiniert und miteinander verzahnt werden. Die Verknüpfung von institutionellen Aktivitäten, wie zum Beispiel die Zusammenführung der kommunalen Schul- und Jugendhilfearbeit in einem Ausschuss erscheint besonders sinnvoll. Zudem sollen Einflüsse und Einwirkungen verschiedener Zuständiger wie Schule, Sozialpädagogen allgemeiner sozialer Dienst und Ärzte transparent gemacht und Informationen ausgetauscht werden. Daran sollte vor Ort gearbeitet werden.

Bildung ist für uns mehr als Schulbildung. Wir wollen die vielfältigen Aufgaben im Zusammenhang mit dem Aufbau der individuellen Bildungsbiografie bündeln. Benötigt wird ein innovatives und von allen Beteiligten akzeptiertes Bildungsmanagement. Die breite Überschneidung von kommunalen und staatlichen Zuständigkeiten soll in Kooperationen münden. Ziel ist es, dass Schülerinnen und Schüler mit Kenntnissen und Fähigkeiten die Schule verlassen, damit diese ausbildungsreif und individuell gesellschaftlich handlungsfähig sind.

Anzuregen ist, dass das Land Thüringen die lokale Vernetzung der am Bildungsprozess Beteiligten auch finanziell fördert. Darüber hinaus wollen wir, dass über die zu erwartenden regional unterschiedlichen Lösungen berichtet wird, möglicherweise im Rahmen einer Netzwerkstelle auf Landesebene, an der sowohl das Bildungs- als auch das Sozialministerium beteiligt sind. (Einen entsprechenden Modellversuch hat es im Land Hessen gegeben.)

Das Thüringer Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft sagt im § 2 (2) deutlich: "Schulen in freier Trägerschaft werden als Ersatz- oder Ergänzungsschulen von natürlichen Personen oder juristischen Personen des privaten oder des öffentlichen Rechts errichtet und betrieben. Das Land, die Landkreise und kreisfreien Städte sowie die Gemeinden sind von der Übernahme einer Schulträgerschaft im Sinne dieses Gesetzes ausgeschlossen".

Man muss nicht die Zuständigkeiten ändern, wenn wir vor Ort etwas verbessern wollen. Auch unter Beibehaltung der Landeskompetenzen im Schulbereich ist eine eigenverantwortliche Schule möglich.

Im Rahmen nationaler Bildungsstandards wollen wir den Thüringer Schulen mehr pädagogische Eigenverantwortung geben. Sie sollen die Möglichkeit für eigene Profile und selbst erstellte Schulprogramme bekommen. Mehr Eigenverantwortung schließt für uns auch die Organisation des Schullebens mit ein. Wir wollen den Schulen ein eigenes Schulbudget geben und ihnen den Abschluss von Rechtsgeschäften erlauben. Die Schulen sollen deutlich mehr Kompetenzen bei Personalauswahl, Personalentwicklung und Personalführung bekommen. Gleichzeitig wollen wir die Schulkonferenz und damit die Mitwirkung der Eltern und Schüler stärken. So machen wir die eigenverantwortliche Schule auch zu einem Lern- und Lebensort für Demokratie.

## A 16

### **Für regionale Bildungslandschaften – gegen die Kommunalisierung von Schulen!**

Die SPD Thüringen lehnt die Kommunalisierung von Schulen ab. Ebenso lehnen wir die Übertragung der LehrerInneneinstellungsverhältnisse vom Land auf die Kommune ab. Die innere Trägerschaft von Schulen muss Landeskompetenz bleiben, denn nur so kann eine flächendeckende Chancengleichheit für alle SchülerInnen in Thüringen gewährleistet werden.

#### **Schule vor Ort stärken!**

Schule und Bildung findet in den Kommunen, Landkreisen und Stadtteilen vor Ort statt. Hier entstehen spezifische Probleme auf die Schulen und LehrerInnen immer wieder zeitnah Antworten finden müssen. Die Rigidität und strenge Hierarchie des Thüringer Bildungssystems machen ein Handeln im Sinne von mehr Qualität und mehr Chancengleichheit in unseren Schulen kaum möglich.

Im Thüringer SPD-Regierungsprogramm haben wir bereits die richtigen Antworten zur Lösung dieser Probleme gegeben. So heißt es darin: „Wir geben den Schulen im Rahmen der nationalen Bildungsstandards mehr pädagogische Eigenverantwortung. Sie bekommen die Möglichkeit für eigene Profile und selbst erstellte Schulprogramme. Mehr Eigenverantwortung bekommen die Schulen auch bei der Organisation des Schullebens. Wir geben ihnen ein eigenes Schulbudget und erlauben den Abschluss von Rechtsgeschäften. Die

Schule bekommt deutlich mehr Kompetenzen bei Personalauswahl, Personalentwicklung und Personalführung. Gleichzeitig stärken wir die Schulkonferenz und damit die Mitwirkung der Eltern und Schüler.“

Dies muss Maßgabe für eine erfolgreiche Bildungspolitik bleiben.

### **Regionale Bildungslandschaften fördern!**

Ziel unserer Bildungspolitik muss die Öffnung und Zusammenarbeit von Schulen mit örtlichen Vereinen, sozialen und kulturellen Einrichtungen, Unternehmen und der Jugendhilfe sein. Wir wollen regionale Bildungslandschaften fördern, für mehr Qualität und Chancengleichheit im Sinne der Schülerinnen und Schüler.

In unserem Regierungsprogramm fordern wir richtigerweise: „Die Schulen sind Teil der Gesellschaft und sollen stärker in Austausch mit unterschiedlichen Akteuren treten. Wir wollen Schule für gesellschaftliches Engagement öffnen. Deshalb werden wir die Beteiligung von Gewerkschaften und Sozialverbänden im Unterricht stärken. Wir fördern darüber hinaus die Kooperation von Schulen mit künstlerischen Einrichtungen und Initiativen.“

### **Mehr Gerechtigkeit im Thüringer Bildungssystem!**

Schon heute herrscht in der Thüringer Bildungslandschaft ein hohes Maß an Ungerechtigkeit zwischen verschiedenen Schularten und Trägern. Schulen in freier Trägerschaft etablieren sich zunehmend als Alternative zwischen dem staatlichen Gymnasium und der staatlichen Regelschule. Diese Entwicklung führt zu einer zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung und einer stärkeren sozialen Selektivität im Bildungssystem.

Kommunale Personalhoheit für Lehrer und Erzieher an staatlichen Schulen würden diesen Wettbewerb weiter forcieren.

Ein weiterer Gerechtigkeitsaspekt muss bei der Disparität der finanziellen Ausstattung der Thüringer Kommunen beachtet werden. Nur reiche Kommunen werden sich eine „kommunale Schule“ leisten können. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden wir keine Lösung akzeptieren, bei der Herkunft und kommunale Finanzlage über die Bildungsqualität entscheidet.

### **Fazit!**

Unser SPD Regierungsprogramm zeigt sowohl Probleme als auch Strategien zur Problemlösung des Thüringer Bildungssystems auf. Einer erfolgreichen sozialdemokratischen Bildungspolitik ist eine weitere Zersplitterung des Bildungssystems nicht förderlich. Wir haben volles Vertrauen in unseren SPD Bildungsminister Christoph Matschie diese Lösungsansätze mit vollem Engagement in den nächsten fünf Jahren umzusetzen.

## **A 23**

### **Hilfe für Langzeitarbeitslose aus einer Hand**

Der SPD-Bundes- und Landesvorstand werden aufgefordert, dafür einzutreten, dass die Option zur Hilfe für Langzeitarbeitslose aus einer Hand in den Jobcentern der Arbeitsgemeinschaften erhalten bleibt. Der im Februar 2009 mit den Ländern gefundene Kompromiss der verfassungsrechtlichen Absicherung des Modells der Arbeitsgemeinschaft und des Optionsmodells muss weiterverfolgt werden. Zudem darf es keine Einschränkungen für flexible, vor Ort zu steuernde Arbeitsmarktprogramme geben. Auch fordern wir angesichts der erheblichen Steigerungen der Kosten der Unterkunft, die Struktur der Mitfinanzierung dieser Leistungen nach dem SGB II durch die Kommunen rasch zu verändern, um das ursprüngliche Ziel der Entlastung der Kommunen von Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit zu erreichen.

## A 24

### **Leiharbeit - Prüfen reicht nicht. Handeln ist gefragt!**

Leiharbeit wird in vielen Branchen zunehmend zu Lohndumping und Tariffucht missbraucht. Um dies wirkungsvoll zu verhindern, müssen auch Gesetze verändert werden.

Wir fordern daher die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für einen gesetzlichen Mindestlohn in der Leiharbeitsbranche einzusetzen. Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss dabei eine entsprechende Berücksichtigung finden. Außerdem sind die Rechte der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit zu stärken.

## A 28

### **Zuschlagserhöhung für bei Hartz IV-Familien aufwachsende Kinder in vollem Umfang gewähren**

Die Thüringer SPD möge sich aktiv für die Belange der Kinder einsetzen und auch für diese Gruppe volle Zuschläge fordern.

## A 31

### **Kinderschutz ernst nehmen**

Der Schutz junger Menschen nimmt in unserer Gesellschaft einen zentralen, bisher jedoch vernachlässigten, Stellenwert ein. Einen ganzheitlichen Ansatz zum Schutz von Kindern und Jugendlichen nicht, bislang stehen in der Regel einige, wenige Formen im Mittelpunkt, die den Gefahren, denen Kinder ausgesetzt sind nicht gerecht werden. Lücken im Netz gibt es dabei vor allem im Bereich präventiver Angebote. Diese gilt es auszubauen, um junge Menschen bei ihrer Entwicklung unterstützen zu können. Ziel eines ganzheitlichen Ansatzes ist es genau diese Lücken zu schließen und dabei vor allem die Folgen von Vernachlässigung kompensieren zu können.

Wir fordern:

- die Massive Förderung von weitergehenden schärferen Energieeffizienzmaßnahmen im Altbaubestand durch Landeszuschüsse und zinsgünstige Darlehen sowie eine Erhöhung der Energieeffizienz im Neubaubestand. Diese Maßnahmen sind verpflichtend in die Thüringer Baugenehmigung aufzunehmen.
- Die Vernetzung und Kooperation verschiedenster Akteure, die mit dem Schutz junger Menschen in Kontakt kommen, auf Landes- und regionaler Ebene.
- Die Sensibilisierung der von Gesellschaft und gesellschaftlichen Akteuren durch eine verstärkte Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit.
- Die Aufstockung der personellen Standards in den betroffenen Einrichtungen, v.a. bei Jugendämtern und freien Trägern.
- Die Qualifikation und Weiterbildung der Mitarbeiter betroffener Einrichtungen, damit sie eine potentielle Kindeswohlgefährdung erkennen können und auf diese im Rahmen ihrer Kompetenz reagieren können.
- Die Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeit, bspw. durch die Unterstützung von Weiterbildungen.

- Verpflichtung der Vorsorgeuntersuchung und die Kontrolle dieser Einhaltung bei den Gesundheitsämtern. Diese haben einerseits die fachliche Kompetenz, die Eltern angemessen, medizinisch zu beraten. Zum anderen ist die Erneuerung des Images der Jugendämter zur Verbesserung des Kinderschutzes unabdinglich. Soll diese Anlaufstelle für Eltern sein, muss es den Ruf als „Elternverfolgungsbehörde“ verlieren.
- Den flächendeckenden Einsatz der Familienhebammen in allen Familien. Um niedrigschwellig und nicht stigmatisierend arbeiten zu können ist eine Betreuung aller Kinder bis zum ersten Lebensjahr – und wenn notwendig darüber hinaus – erforderlich.
- Begrüßungspakete für alle Eltern. Diese sollen Informationen über die Entwicklung des Kindes, erforderliche Vorsorgeuntersuchungen und Möglichkeiten finanzieller Förderung enthalten. Übergeben wird das Paket durch einen Mitarbeiter des Jugendamtes. Auf diese Weise kann eine informeller, positiver Kontakt zwischen Eltern und Jugendamt hergestellt werden.
- Den generellen Rechtsanspruch eines Kindes auf einen Platz in der Kindertagesstätte, unabhängig vom Alter und der Erwerbssituation der Eltern.
- Den Ausbau der Kindertagesstätten zu Familienzentren.
- Die ausreichende qualitative und quantitative Personalausstattung in Kindertagesstätten und Schulen, die eine qualitativ hochwertige Förderung von jungen Menschen ermöglichen.
- Die Ausweitung des Aufgabenbereichs der Interdisziplinären Frühförderstellen (IFF). Diese muss der steigenden Anzahl von Kindern mit Entwicklungsverzögerungen gerecht werden. Außerdem muss die Landesregierung Mindeststandards für die IFF formulieren.
- Den flächendeckenden Einsatz der Schulsozialarbeit.
- Den flächendeckenden Ausbau aufsuchender Jugendsozialarbeit.
- Den Ausbau der verschiedenen Strukturen zur Berufsberatung zu einer effektiven und nachhaltigen Struktur mit der jeder junge Mensch erreicht werden kann. Insbesondere da, wo Eltern den Weg ihrer Kinder in den Beruf nicht begleiten können, muss die Gesellschaft diese Jugendlichen unterstützen.
- Den Erhalt und die verlässliche Finanzierung der Ehe-, Erziehungs-, Lebens- und Familienberatungsstellen, um Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder unterstützen zu können.
- Den Erhalt und die verlässliche Finanzierung der Kinderschutzdienste. An bestehenden Personalstandards in diesem Bereich muss festgehalten werden.

Wir werden uns für die Etablierung eines flächendeckenden, ganzheitlichen Netzes an Maßnahmen zum Schutz junger Menschen einsetzen. Wo SozialdemokratInnen in politischer Verantwortung sind, gehen sie mit gutem Beispiel voran.

## A 32

# Eine neue soziale Agenda für Deutschland

Vor sieben Jahren wurde die Agenda 2010 auf den Weg gebracht. Heute stehen wir Sozialdemokraten relativ ratlos vor der Situation, dass einerseits ein großangelegtes Reformprojekt auf den Weg gebracht wurde, die Resultate dieses Reformprozesses gesamtgesellschaftlich eher ambivalent beurteilt werden müssen und andererseits innerhalb der Partei und bei unseren AnhängerInnen und WählerInnen weitüberwiegend negativ beurteilt werden. Das hat dazu beigetragen, dass das politische Gewicht der Partei auf das niedrigste Niveau in der neueren deutschen Geschichte gesunken ist.

## Was ist zu tun?

Wir schlagen vor, einen Diskussionsprozess in Gang zu setzen, der an zentralen Punkten gesellschaftspolitischen Gestaltungsbedarfs ansetzt und in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und unserer bisherigen Regierungspraxis in den Jahren 1998 bis 2009 neue Konzepte einer sozialdemokratischen Sozialpolitik als gesellschaftspolitischer Gestaltungsaufgabe zum Ziel hat, die eine weitere Spaltung der Gesellschaft verhindert.

Zentrale Herausforderungen hierfür sind:

- Eine soziale Gesundheitspolitik, die am Konzept der Bürgerversicherung anknüpft und eine Alternative zur Individualisierung und Privatisierung der Gesundheitskosten darstellt. Hierzu gehört der explizite Wille, Marktsteuerungsprinzipien und Profitorientierung im Gesundheitswesen zurückzudrängen und die Finanzierung und den Zugang zur Gesundheitsversorgung zu egalisieren (Stichwort: Privatpatienten).
- Eine Altersicherungspolitik, die einerseits armutsfeste Mindestrenten, andererseits die Erreichung des Rentenalters in rentenversicherungspflichtiger Erwerbsarbeit ermöglichen soll. Dazu sind neben neuen Konzepten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Unternehmen und Verwaltungen (Stichwort: Humanisierung des Arbeitslebens) auch Mindestsicherungen im Bereich der Löhne, Gehälter, Arbeitszeiten und Sozialversicherungsbeiträge nötig. Rentenpolitisch fatal hat sich der unter Rot-Grün und Rot-Schwarz erfolgte Ausbau des Niedriglohnssektors erwiesen. Dieser muss – auch unter dem Gesichtspunkt einer finanzierbaren und funktionierenden Altersicherungspolitik – rereguliert und redimensioniert werden. Allein die Heraufsetzung des Rentenalters bewirkt nichts außer Wählerschwund!
- In diesem Kontext ist auch die Überprüfung des Konzeptes der privaten Zusatzrentenversicherung (Riester) angesichts der bisherigen Ergebnisse (siehe Stiftung Warentest) dringend gefordert
- Im Bereich der Mindestsicherung ist es dringend erforderlich, problem- und zeitnah Angleichungen im Bereich potenzieller Mindestlöhne und Sozialhilfesätze zu realisieren. Die Auseinandersetzung um einen angemessenen Lebensstandard bei Erwerbstätigkeit und bei Arbeitslosigkeit muss dringend politisch offensiv geführt werden. Wir Sozialdemokraten können uns es nicht länger erlauben, unsere Programmatik vermeintlichen Systemnotwendigkeiten anzupassen. Wir müssen wieder definieren, in welchem Rahmen sich eine kapitalistische Marktwirtschaft entfalten kann und nicht wie eine Gesellschaft am besten dem Marktprinzip als einzigem Steuerungsinstrument untergeordnet wird.
- Eng verbunden mit der Mindestsicherung ist auch die institutionelle Ausgestaltung von Arbeitsmarkt und Sozialsystem. Wir Sozialdemokraten treten für ein institutionelles Zusammenspiel von Arbeitsagentur und Sozialamt ein; wir wenden uns gegen alle Initiativen, die durch Beitragssenkung, Verstaatlichung oder Privatisierung, Mittelentzug und Deregulierung u.ä. die Bundesagentur für Arbeit mittelfristig gänzlich abschaffen wollen. Gleichwohl treten wir Sozialdemokraten für eine

grundlegende Reform der Arbeitslosenversicherung ein. Diese sollte vor allem auch als automatischer Stabilisator des Arbeitsmarkts dienen und eine Einkommensspirale nach unten blockieren.

Der Landesvorstand wird aufgefordert sich sachkompetent in die notwendige bundespolitische Diskussion einzubringen und Positionen zu erarbeiten, die das Profil der Landespartei schärfen. Dazu wird vorgeschlagen:

1. Gründung einer sozialpolitischen Programmkommission (Gesundheit, Alterssicherung, Mindestsicherung, institutionelle, regelorientierte und finanzielle Ausgestaltung), die von einem Vorstandsmitglied geleitet wird. Der Landesvorstand beruft sachkundige Mitglieder aus den Untergliederungen und Arbeitsgemeinschaften der Partei sowie nahestehenden Verbänden und Gewerkschaften.
2. Die Programmkommission erarbeitet einen Bericht binnen eines Jahres. Der Landesvorstand gibt den Bericht den Gliederungen der Partei zur Kenntnis.



## B 1

### **Arbeitsgrundlagen schaffen!**

Der Landesvorstand erstellt vor den Landesvorstandswahlen ein Arbeitsprogramm, in dem er beschreibt wie die Arbeit der folgenden zwei Jahre zu gestalten ist. Das Arbeitsprogramm ist auf dem Landesparteitag zur Diskussion und zur Abstimmung vorzulegen. KandidatInnen für den Landesvorstand sollen in ihrer Vorstellung darauf eingehen, in welcher Weise sie sich in das Arbeitsprogramm des Landesvorstands einbringen wollen.

## B 2

### **„Dresdner“ Ideen auch in Thüringen umsetzen**

Entsprechend den Ideen des Dresdner Bundesparteitages sollen die kommenden Landesparteitage in Thüringen mit wesentlich längerem inhaltlichem Vorlauf organisiert werden, um die Basis mehr in den Diskussionsprozess einzubeziehen.

Der Landesparteitag fordert den Landesvorstand auf,

- rechtzeitig, i.d.R. 5 Monate vor einem Landesparteitag, für die langfristige inhaltliche Arbeit Themenvorschläge / Anträge der Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften zu sammeln, transparent zu machen und daraus Schwerpunktthemen zu benennen,
- entsprechende Leitanträge ebenfalls rechtzeitig, i.d.R. 4 Monate vorher, zu formulieren, welche dann in Regionalkonferenzen entsprechend den Bundestagswahlkreisen zu einer ersten Diskussion gestellt werden sollen,
- anschließend den Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften wiederum ausreichend Zeit zu geben, Änderungsanträge bzw. thematisch passende weitere Anträge für den Landesparteitag zu formulieren.

Auf dem genannten Wege wird es uns Thüringer Sozialdemokraten gelingen, programmatisch weit über das Regierungsgeschäft hinaus zu denken und unter breitestmöglicher Einbeziehung aller Mitglieder sozialdemokratische Leitlinien für das kommende Jahrzehnt zu entwickeln. Nebenbei wird ein solches Vorgehen die Arbeit und Diskussionen in vielen Ortsvereinen repolitisieren und attraktiv für potentielle Neumitglieder sein.

## B 4

### **Mehr Sozialdemokratinnen in Kommunalparlamente**

Der Landesparteitag der SPD Thüringen möge beschließen, dass der Landesvorstand im Jahr 2010 den Ist-Zustand prüft, Ursachen analysiert und geeignete Maßnahmen findet und festlegt, mit denen der Frauenanteil innerhalb der SPD-Ratsfraktionen in Thüringen bei den nächsten Kommunalwahlen 2014 erhöht werden kann.

Weiterhin ist die derzeitige Gesamtanzahl von Sozialdemokratinnen in Stadträten und, wenn möglich in Gemeinderäten, festzustellen. Eine Ursachenanalyse soll sich vorrangig damit beschäftigen, welche Gründe es für den Kommunalpolitikerinnenmangel geben könnte und im Rahmen dessen insbesondere prüfen, ob landesweit die Aufstellungen, zumindest der Stadtratslisten, satzungsgemäß erfolgt sind.

Der Landesvorstand gibt beim ersten Parteitag im Jahr 2011 zu diesem Thema einen Bericht ab und stellt Ergebnisse der Suche nach Maßnahmen zur Verbesserung des Ist-Zustandes vor. Als eine mögliche Maßnahme ruft der Vorstand die Kreisvorsitzenden vor der nächsten Kommunalwahl zur bevorzugten Behandlung von Frauen auf Kommunalwahllisten auf.

## B 7

# **Unterstützung des SPD-Landesverbands Thüringen zur Erhaltung der Gedenkstätten „Goldener Löwe“ in Eisenach und „Gothaer Tivoli“ in Gotha**

## **Gedenkstätte „Goldener Löwe“, Marienstraße 57 - 99817 Eisenach**

Wie bekannt, ist diese Gedenkstätte die Gründungsstätte der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei vom 7. bis 9. August 1869 in Eisenach.

Im vergangenen Jahr bestand die Thüringer SPD damit seit 140 Jahre.

August Bebel und Wilhelm Liebknecht eröffneten hier (7. August 1869) den ersten allgemeinen deutschen Arbeiterkongress. Die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands (SDAP) fand dann aber am 8. August 1869 im Eisenacher Hotel „Zum Mohren“ statt. Dieses Hotel gibt es heute nicht mehr. Deshalb wurde der „Goldene Löwe“ zum Symbol der Gründung der SDAP.

In der Gedenkstätte werden zur Zeit zwei kleinere Ausstellungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Gründung der Sozialdemokratie gezeigt. Die Friedrich-Ebert-Stiftung will 2010 eine neue Ausstellung für den „Löwen“ konzipieren, die im Frühjahr 2011 eröffnet werden soll.

Die August-Bebel-Gesellschaft e. V. ist Träger dieser Gedenkstätte. Die Betreuung der Ausstellungen und die Organisation von Veranstaltungen werden von den Vereinsmitgliedern ehrenamtlich abgesichert.

## **Gedenkstätte „Gothaer Tivoli“ in Gotha, Am Tivoli 3 - 99867 Gotha**

Am 5. November 1865 hielt August Bebel eine Rede in einer Arbeiterversammlung im „Kaltwasser'schen Saal", dem späteren „Tivoli".

Gotha und das Tivoli sind besondere Orte der wechselvollen Geschichte der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie. Vom 22. bis zum 27. Mai 1875 fand der Vereinigungskongress des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV / „Lassalleaner") und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP / „Eisenacher") zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) im „Kaltwasser'schen Saal" statt [siehe auch oben]. Dabei wurde das von Karl Marx heftig kritisierte „Gothaer Programm“ verabschiedet.

In Gotha fanden ferner die SPD-Parteitage von 1876, 1877 sowie 1896 statt und wurde 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) gegründet.

Am 27. Januar 1990 wurde der SPD-Landesverband Thüringen im Tivoli wieder gegründet. Willy Brandt sprach danach vor etwa 100.000 Menschen auf dem Gothaer Hauptmarkt.

Der seit 1992 existierende Förderverein Gothaer Tivoli e.V. hat Mitglieder aus ganz Deutschland und betreibt seit 2005 die Gedenkstätte mit all ihren Kosten und immensen Nebenkosten. Die Neukonzipierung der derzeitigen Ausstellung ist dringend notwendig!

## S 1

### **Arbeitsgruppe Satzungsreform einsetzen**

Der SPD Landesvorstand wird beauftragt, unverzüglich nach dem Parteitag eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die binnen 5 Monaten Vorschläge für eine zeitgemäße Fortschreibung der Satzung des SPD Landesverbandes erarbeitet. Die erarbeiteten Vorschläge, die mit einer Begründung zu versehen sind, sind sodann den Gliederungen zur Diskussion zu zuleiten. Für diese Diskussion ist eine ausreichende Zeit vorzusehen. Zum nächsten Parteitag hat der Landesvorstand auf der Grundlage der Ergebnisse der Arbeitsgruppe und der mitgeteilten Diskussionsergebnisse der Gliederungen sowie unter Berücksichtigung des Vorschlages zur Strukturreform abstimmungsfähige Vorschläge für die Reform der Satzung vorzulegen.

## | 2

**"NICHT IN ERFURT, NIRGENDWO!"****"NICHT AM 1. MAI, NIEMALS!"**

Am 1. Mai 2010 werden wir zusammen mit tausenden von Menschen den Naziaufmarsch in Erfurt verhindern!

An diesem Tag wollen wieder Nazis den 1. Mai benutzen und durch Erfurt marschieren. Das bedeutet, dass erneut Nazis aus ganz Deutschland ihre nationalistische, antisemitische und rassistische Ideologie hier offen ausleben und für ihre menschenverachtenden Ziele werben werden.

Das haben sie schon einmal versucht. Der breite Protest und Widerstand von mehreren tausend Menschen verhinderte dies.

Wie in Leipzig und Dresden bereits erfolgreich durchgesetzt, haben wir vor, uns auch in Erfurt mit Massenblockaden und durch weitere vielfältige Aktionsformen der NPD und den freien Kameradschaften entgegen zu stellen. Wir werden dafür sorgen, dass sie nicht marschieren können. Dieses Ziel eint uns über alle sozialen, politischen oder kulturellen Unterschiede hinweg!

Wir erklären:

- Wir sind entschlossen, den Aufmarsch der Nazis in Erfurt zu verhindern.
- Wir sind solidarisch mit allen, die dieses Ziel mit uns teilen.
- Von unseren Massenblockaden geht keine Gewalteskalation aus.

Unterstützt uns und kommt am 1. Mai 2010 nach Erfurt – gemeinsam werden wir die Nazis stoppen!